

**Antworten auf Fragebogen des „Nord-Süd-Forums FFB“ von Frau Hasselfeldt, MdB
(29.05.2013)**

1. Wirtschaftswachstum

- Wie stehen Sie zur Ideologie der Notwendigkeit von ständigem Wirtschaftswachstum, um unseren Wohlstand aufrecht zu erhalten?
- Haben Sie sich schon einmal mit alternativen Wirtschaftsmodellen befasst? Welche Rolle spielen diese für Ihr politisches Handeln?
- Versuchen Sie persönlich, einen „nachhaltigen Lebensstil“ umzusetzen, und wenn ja, wie?

Antwort

Als Volkswirtin habe ich mich bereits im Studium mit diesem Thema intensiv befasst. Ich bin überzeugt davon, dass gesundes Wirtschaftswachstum die Basis unserer sozialen Marktwirtschaft ist. Es schafft für viele Menschen Arbeitsplätze sowie Entwicklungsmöglichkeiten und sichert den Wohlstand in unserer Gesellschaft. Wirtschaftswachstum schließt Nachhaltigkeit nicht aus. Wir tragen eine ökonomische und ökologische Verantwortung für alle Generationen. Ich selbst bin sehr in meiner Heimatregion verwurzelt und schätze es sehr, mich und meine Familie mit regionalen Produkten zu versorgen.

2. Rüstungsexporte

- Wie stehen Sie zur Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte außerhalb parlamentarischer Kontrolle?
- Halten Sie Rüstungsexporte in Krisenregionen für eine wirkungsvolle Maßnahme zur Sicherung von Frieden und Stabilität?
- Können Ihrer Meinung nach Exporte von Rüstungsgütern über Kredit vergeben oder gar zusätzlich über Hermes-Bürgschaften abgesichert werden?
- Wie stehen Sie zu einem Verbot von Rüstungsexporten?

Antwort

Die Genehmigungspraxis für den deutschen Rüstungsexport ist eindeutig geregelt und unterliegt strengen Bestimmungen. Grundlage bilden das Grundgesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz in Verbindung mit der Außenwirtschaftsverordnung. Alle Anträge auf Ausfuhrgenehmigung werden im jeweiligen

Einzelfall nach sorgfältiger Abwägung der jeweiligen außen-, sicherheits- und menschenrechtspolitischen Argumente entschieden. Wichtige Kriterien sind dabei unter anderem die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland. Grundsätzlich verfolgt die Bundesregierung eine restriktive Genehmigungspraxis. Darin unterscheidet sich Deutschland von vielen anderen Staaten, für die derartige Ausfuhren integraler Bestandteil ihrer Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik sind. Die Bundesregierung legt dabei mitunter auch strengere Kriterien an als vom EU-Verhaltenskodex verlangt. Der weitaus größte Teil der deutschen Ausfuhren geht wohlgernekt an EU-Staaten, NATO-Staaten bzw. mit der NATO-gleichgestellte Staaten.

Der Bereich der Genehmigungen für Rüstungsexporte fällt gemäß Art. 26 GG in den Bereich der Exekutive. Der jährlich erscheinende, im Bundestag debattierte und auch im Internet abrufbare Rüstungsexportbericht der Bundesregierung gibt ausführlich Auskunft über das deutsche Rüstungsexportkontrollsystem und führt sämtliche Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern auf. Er ist damit genauer als die Angaben häufig zitierter Forschungseinrichtungen, die auf mitunter schwer nachvollziehbaren Berechnungsmethoden beruhen. Die Bundesregierung beantwortet jährlich über 100 Kleine Anfragen von Parlamentariern zu der Thematik.

Bürgschaften für Rüstungsausfuhren können in bestimmten Fällen gewährt werden, sofern die erforderlichen Förderkriterien eingehalten werden. Ein völliges Verbot von Rüstungsexporten würde keineswegs zu mehr Sicherheit und Stabilität in der Welt führen und wäre auch international nicht durchsetzbar. Es muss möglich sein, Verbündete und strategische Partner gemäß den geltenden Kriterien bedarfsgerecht auszustatten, sofern sie dies wünschen. Ich begrüße daher die Anfang April 2013 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution zur Annahme eines globalen Übereinkommens zur Regulierung des Waffenhandels (ATT), mit der erstmals international verbindliche Regeln für den Export von Rüstungsgütern festgelegt werden. Das ist ein wichtiger Meilenstein bei unseren Bemühungen um eine weltweite Rüstungskontrolle.

3. Asyl- und Flüchtlingspolitik

- Sind wir Ihrer Meinung nach ein „Einwanderungsland“ bzw. sollten wir eines werden?
- Halten Sie die augenblickliche Asylpolitik der Bundesrepublik für zufriedenstellend?
- Waren Sie schon einmal in einem Asylbewerberlager im Landkreis?

Antwort

Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland. Allerdings ist es richtig, dass wir in Deutschland einen Fachkräftemangel haben und gleichzeitig attraktiv für viele hochqualifizierte Zuwanderer sind. Das begrüße ich. Die christlich-liberale Regierungskoalition hat hier unter anderem mit dem Gesetz zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse wichtige Impulse zur Integration gesetzt.

Das deutsche Asylsystem funktioniert gut und hat sich bewährt. Wenn Menschen politisch verfolgt werden, erhalten sie Schutz in Deutschland. Es ist richtig und wichtig, dass nur wirklich Verfolgte in den Genuss des Asylrechts kommen und andererseits wirksame Instrumentarien gegen die offensichtlich unbegründete oder sogar missbräuchliche Inanspruchnahme bestehen. Denn nur dann kann wirklich hilfebedürftigen Menschen rasch und effektiv geholfen werden. Zudem müssen wir eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme im Interesse einer funktionierenden Gesellschaft vermeiden.

Ich kenne die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Dachau durch mehrmalige Besuche.

4. EU-Agrarpolitik

- Halten Sie die Zahlungen der EU an die landwirtschaftlichen Betriebe in ihrer bisherigen Form für sinnvoll?
- Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den Agrarexportsubventionen und der Existenzvernichtung afrikanischer Bauern?
- Welche Einflussmöglichkeiten auf die EU-Agrarpolitik sehen Sie für sich als Mitglied des Deutschen Bundestages?

Antwort

Grundsätzlich hat sich die Zwei-Säulen-Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik bewährt. Die direkte EU-Förderung (Direktzahlungen) dient der Einkommenssicherung der Landwirte, der Sicherstellung einer vielfältigen Agrarstruktur mit kleinen und mittelgroßen Höfen und ist an eine Reihe von Auflagen zum Tier-, Umwelt und Verbraucherschutz gebunden. Die Direktzahlungen sind Ausgleich für Gemeinwohlleistungen, die die Landwirte erbringen, wie etwa die Pflege unserer Kulturlandschaften und die Sicherung der biologischen Vielfalt. In Deutschland sind die Direktzahlungen zudem seit 2012 vollständig entkoppelt, also unabhängig von Art und Umfang der Produktion. Dieses bewährte System der Gemeinsamen Agrarpolitik wollen wir auch im Rahmen der anstehenden Reform erhalten und

weiterentwickeln. So wollen wir zum Beispiel den Schutz der Umwelt in der Landwirtschaft noch weiter stärken (sog. Greening). Die Mitglieder des Deutschen Bundestags haben über die Bundesregierung die Möglichkeit, auf die Gestaltung der GAP Einfluss zu nehmen, denn der Deutsche Bundestag berät die Vorhaben der EU und kann gegenüber der Bundesregierung eine Stellungnahme abgeben. Außerdem gibt es die Möglichkeit des Austauschs mit der EU-Kommission und den Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Agrarexporte sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die deutschen Landwirte. Die Politik steht vor der Herausforderung, das Fortbestehen und die Zukunftsfähigkeit des europäischen Modells einer multifunktionalen Landwirtschaft sicherzustellen. Gleichzeitig brauchen auch Entwicklungsländer eine gleichberechtigte Teilnahme am Welthandel. Exportsubventionen sind nicht mehr zeitgemäß und können tatsächlich zu einer Verzerrung der Märkte führen. Die Bestrebungen der Bundesregierung, die Agrarexportsubventionen gänzlich abzuschaffen, sind daher zu begrüßen. Ohnehin sind die Ausfuhrerstattungen in der Europäischen Union in den letzten Jahren erheblich gesunken: nämlich von 10,2 Mrd. Euro im Jahr 1993 auf nur noch rund 150 Mio. Euro im Jahr 2012. Derzeit werden nur noch für Geflügelfleisch Erstattungen gewährt – und dies nur in andere Industrieländer oder in aufstrebende Volkswirtschaften und gerade nicht in Entwicklungsländer.

5. Spekulation mit Nahrungsmitteln / weltweite Nahrungsmittelkrise

- Jean Ziegler nennt die Spekulation mit Nahrungsmitteln „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Stimmen Sie dem zu?
- Würden Sie sich für ein Verbot von Börsenspekulationen auf Grundnahrungsmittel einsetzen?
- Was halten Sie von der Umwandlung von Nahrungsmitteln in Energie?
- Welche Einflussmöglichkeiten sehen Sie für sich als Politikerin gegenüber Großkonzernen wie Unilever oder Nestlé und Großbanken wie die Deutsche Bank?

Antwort

Nahrungsmittel sind ein Grundbedürfnis der Menschen. Mit diesem Grundbedürfnis zu spekulieren, halte ich für falsch. Die Sachlage ist aber – wie in fast allen Bereichen – nicht so einfach. Bauern und Agrarhändler benötigen Derivate und andere Finanzinstrumente, um ihre Preise längerfristig abzusichern. Etwas anderes ist es, wenn Agrarrohstoffe als reine Finanzanlageprodukte behandelt werden. Ich unterstütze gemeinsam mit meinen Kollegen in der CSU-Landesgruppe die Bemühungen der Bundesregierung im Rahmen internationaler

Bestrebungen, hier für mehr Transparenz und eine angemessene Regulierung der Agrartermine Märkte zu sorgen und so die Preisbildung zu stabilisieren.

Die Nahrungsmittelkrise insbesondere in den Entwicklungsländern beruht aber auch auf anderen Faktoren. Zum Beispiel verderben in Afrika hohe Teile der Ernte. Außerdem ist das sogenannte „Landgrabbing“ ein Problem. Die Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen internationaler Initiativen den Zugang der dortigen Bevölkerung zum Land sicherzustellen, sind zu unterstützen.

Bioenergie ist ein wichtiger Beitrag zur Energiewende. Lebensmittelproduktion muss aber stets Vorrang haben vor der Erzeugung von Energie. Zwischen der Erzeugung von Nahrungsmitteln und von Energie besteht jedoch oft kein Widerspruch: So fallen zum Beispiel bei der Produktion von Biokraftstoff aus Raps wertvolle Eiweißfuttermittel an, die zur Verringerung der Sojaimporte beitragen. Auch ist eine verstärkte Nutzung von biogenen Rest- und Abfallstoffen für die Erzeugung von Bioenergie sinnvoll.

6. Finanz- und Bankenkrise

- Wer hat Ihrer Meinung nach die Bankenkrise verursacht? Wer zahlt dafür?
- Sind Griechen, Italiener und Spanier selber schuld an ihren wirtschaftlichen Problemen?
- Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den deutschen Exportüberschüssen in diesen Ländern und deren Schulden?
- Wäre ein umfassender Schuldenerlass für Griechenland nicht wirkungsvoller und billiger?
- Wie wichtig erachten Sie die Implementierung einer internationalen Insolvenzordnung?
- Sind Sie für die grundsätzliche Trennung in Geschäfts- und Investmentbanken?

Antwort

Die Finanz- und Bankenkrise in den Jahren 2007 und 2008 wurde durch das Platzen der Immobilienblase in den USA ausgelöst. Ursache für diese Krise war u.a., dass viele Banken im Wettbewerb um höhere Renditen immer höhere Risiken eingegangen sind und sich immer weiter verschuldet haben. Darüber hinaus hatten die Finanzprodukte einen Grad an Komplexität erreicht, der es immer schwerer machte, die Risiken einzuschätzen, so dass deren Gefahr zu spät erkannt wurde. Ein völliger Zusammenbruch des Bankenmarktes konnte nur durch das Einspringen der öffentlichen Hand mit Milliardenbeträgen verhindert werden. Wir haben Konsequenzen aus der Krise gezogen. Haftung und Verantwortung dürfen auch in der

Finanz- und Bankenbranche nicht umgangen werden. Die christlich-liberale Koalition hat in dieser Legislaturperiode 30 Gesetzgebungsvorhaben zur Finanzmarktregulierung beschlossen. Beispielsweise wird das Haftungsprinzip durch eine Erhöhung des Eigenkapitals der Banken gestärkt. Wer die Chancen auf Rendite nutzen will, muss auch das Risiko tragen. Zuerst müssen die Eigentümer herangezogen werden. Es gibt jetzt Regeln für die Sanierung bzw. Abwicklung konkursgefährdeter großer Banken, wir haben eine Bankenabgabe eingeführt sowie die Finanzmarktaufsicht verstärkt. Ein weiterer Meilenstein ist die Entscheidung des Bundestages vom Mai 2013 für das Trennbankensystem. Riskante Geschäftsbereiche müssen damit von Kundeneinlagen getrennt in eigenständige Handelsgesellschaften ausgelagert werden.

Die deutsche Wirtschaft hat sich von der Finanz- und Bankenkrise gut erholt und Deutschland erweist sich in der aktuellen europäischen Schuldenkrise als Wachstumslokomotive in Europa. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig, während die kriselnden Euroländer derzeit unter einer zu geringen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit leiden. Diese Länder sind aufgrund einer hohen Staatsverschuldung und versäumter notwendiger Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen in eine Krise geraten. Die Finanzhilfen im Rahmen der Rettungsschirme geben ihnen die Chance, die Reformen nachzuholen. Aus diesem Grund sind die Hilfskredite an strikte Auflagen gebunden, die sich individuell an den jeweiligen nationalen Bedürfnissen orientieren. Wer Finanzhilfen beansprucht, muss konsequent seine Haushalte konsolidieren, Strukturreformen durchführen und Wachstum ermöglichen. Das Prinzip lautet Hilfe zur Selbsthilfe. Ein vollumfänglicher Schuldenerlass birgt die Gefahr, dass die Motivation die notwendigen Reformen durchzuführen, sinkt. Zudem könnte dies für andere hochverschuldete Staaten den falschen Anreiz bieten, sich noch weiter zu verschulden. Wir betonen die Eigenverantwortung eines jeden Eurolandes. In der Konsequenz ist ein Verfahren zur geordneten Staateninsolvenz und zum Ausscheiden aus der Eurozone erforderlich. Die Lösung der europäischen Schuldenkrise kann nicht von jetzt auf gleich gelingen, aber es zeigt sich, dass der Ansatz der christlich-liberalen Koalition greift.